

Rede zum Haushalt 2022

Rathaus zu Münster, 15. Dezember 2021

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Zeiten sind herausfordernd wie selten. Solche Zeiten erfordern entschlossene Antworten und den Willen und die Fähigkeit zusammenzuhalten, was zusammengehört.

1.

Münster kommt besser durch die Corona-Krise. Dies haben wir vor allem der Einsicht und Überzeugung der Bürgerschaft zu verdanken. Mit einer Impfquote von mehr als 90 Prozent aller Münsteraner über 12 Lebensjahren sind wir deutschlandweit rekordverdächtig. Heilende und helfende Berufe in Münster leisten gute Arbeit.

Dank verdient auch die Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Markus Lewe an der Spitze, der wie niemand sonst den Zusammenhalt in der Stadt stärkt und fördert. Besonderen Dank verdient auch der städtische Krisenstab mit seinem Leiter Stadtrat Wolfgang Heuer und all diejenigen, die in Hausarztpraxen und Impfzentrum in diesen Tagen unermüdlich für den Gesundheitsschutz unterwegs sind.

Vergessen wir aber nicht, dass wir die Folgen der Corona-Krise noch lange nicht überwunden haben in Bildung und Erziehung, in Wirtschaft und Arbeit oder in Gruppen und Vereinen.

2.

Gerade in Zeiten wie diesen kann Politik nicht alles schaffen, was wünschenswert wäre. Es kommt also auf klare Prioritäten an. In der Kommunalpolitik der CDU als der größten Ratsfraktion und in unseren Anträgen zum städtischen Haushalt 2022 wird deutlich, was für uns Vorrang hat. Es sind sechs Punkte:

1. Wohnraum schaffen.
2. Moderne Mobilität für alle.
3. Bildungsgerechtigkeit stärken.
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen.
5. Nachhaltigkeit beim Klimaschutz.
6. Nachhaltigkeit bei den Finanzen.

Die Prioritäten der Grünen und ihrer Gefolgschaft sind nicht klar erkennbar. Und wo sie es doch einmal sind, da spalten sie statt Zusammenhalt zu fördern.

3.

Aus der von Grünen und SPD im Kommunalwahlkampf 2020 versprochenen Förderung von Wohnraum ist ein Streichkonzert für Baugebiete zum Nachteil von Wohnungssuchenden und Münsters Haushalt geworden.

Die Wohnungsbaupolitik von Grünen, SPD und Volt ist ein einziges Versagen und sorgt nicht nur für steigende Preise und Mieten, sondern bedeutet auch noch eine massive Verschwendung von Steuerzahlergeld. Die jüngste Absage von jahrelang geplanten Baugebieten an der Vogelstange in Hilstrup und im Kinderhauser Moorhock ist ein einziger Skandal. Hier wird nicht nur der Traum vieler vom eigenen Heim zerstört und die Lage am Wohnungsmarkt verschärft. Obendrein geht der finanzielle Schaden für die Stadt in die Millionen. Dank der Linken liegen in Hilstrup und Kinderhaus Münsters teuerste, aber wertlose Brachen.

Seit 2013 wurde in Hilstrup für 60 Wohneinheiten und eine Kindertagesstätte geplant. Das alles haben die Linksparteien im Rat trotz jahrelanger Zustimmung zu den Plänen durch Grüne und SPD nun zunichte gemacht – obwohl in den vergangenen Jahren mehrmals angepasst und optimiert wurde, um Anwohner- und Naturschutzinteressen mit dem dringenden Bedarf neuer Wohnungen in Einklang zu bringen. Der angeblich aus ökologischen Erwägungen hinderliche Grünzug liegt tatsächlich gar nicht im Plangebiet, sondern daneben. Der Klimaschaden wird durch den verweigerten Wohnungsbau auch nur größer. Wer in Münster nicht mehr wohnen kann, aber hier arbeiten muss, der zieht eben weiter ins Umland mit negativen Folgen für den Pendlerverkehr.

Münster ist die jüngste Stadt Nordrhein-Westfalens. Wir wollen die vielen jungen Menschen gerade auch dann in der Stadt halten, wenn sie als junge Familien größeren Wohnraum benötigen. Dafür brauchen wir Baugebiete. Sonst ist es schlecht für Münster, weil uns diese jungen Menschen fehlen, und nachhaltig ist es auch nicht.

In einen derartigen Schlamassel bringt uns das Versagen einer Bau- und Wohnungspolitik, die spaltet.

4.

Für Kinkerlitzchen wie die 20.000 Euro Förderung für Eltern, die die Stoffwindeln für ihre Kleinkinder nicht selbst bezahlen wollen, wird städtisches Geld verpulvert. Es fehlt dann den Linksparteien für die Unterstützung der in Corona-Zeiten dringend notwendigen, ehrenamtlichen Schuldner-Beratung der Caritas.

5.

Bürgerbeteiligung gibt es nur nach grün-roten Beschlüssen, nicht zuvor. So entscheiden Grüne und SPD selbstherrlich, im Jahr 2022 das Parkhaus Münster-Arkaden schließen zu wollen. Und danach stellt sich die SPD vor dem Parkhaus auf und fragt Bürger und Besucher der Stadt, was sie davon halten. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen erklärt dem Verein der Kaufmannschaft, dass es keine kurzfristigen Parkhausschließungen geben werde, aber vier Wochen später wird genau das beantragt.

Solcher Umgang mit Bürgern spaltet.

Die Verkehrspolitik der Linken ist der traurige Höhepunkt der Politik der Spaltung statt einer Politik des Zusammenhalts. Sie spaltet die städtische Gesellschaft, sie spaltet die Stadtteile und sie spaltet Stadt und Land.

Wir wollen eine moderne Münster-Mobilität für alle, in den Stadtteilen und im Münsterland. Der Blick muss über den Tellerrand der Innenstadtgrenzen gehen. Die Promenade ist kein städtischer Grenzwall. Münster lebt nicht von sich allein, sondern ist angewiesen auf funktionierende Verbindungen zwischen den Stadtteilen und zwischen Stadt und Land.

Die Politik der Grünen wird Münsters Rolle als Oberzentrum mit hochwertigen Einrichtungen nicht gerecht. Ein „Dorf Münster“ mit neuen Mauern wird nicht nur die Besucher vertreiben, sondern auch den Münsteranern nehmen, was zum Flair ihrer Stadt gehört. Handelshäuser der Innenstadt machen mehr als die Hälfte ihres Umsatzes mit Auswärtigen, von denen heute 80 Prozent mit dem Auto die Stadt erreichen.

Niemand ist gegen weniger Autoverkehr, aber eine Tabula-rasa-Politik ohne Rücksicht auf Realitäten und mit Ruckzuck-Ankündigungen von Parkhausschließungen versetzt schon die Beschäftigten des Handels, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, in Angst und Schrecken. Es ist eine nicht hinnehmbare Zumutung, mit solchen Adhoc-Mitteilungen Geschäfte, die auf Kunden und Umsatz existentiell angewiesen sind und denen die Corona-Folgen noch schwer in den Kleidern hängen, in Überlebensangst zu versetzen. Und man fragt sich, wo sind eigentlich SPD und Gewerkschaften, wenn es um Arbeitsplätze geht?

Eine solche Politik spaltet nicht nur, ihr fehlt auch der Anstand.

Es reicht nicht, immer nur „Klimaschutz“ zu rufen und zu glauben, damit könne man sich aller Rechtfertigung, Begründung und dem Bemühen um politische Balance entledigen. Es reicht nicht, sich auf einen vermeintlichen Wählerwillen zu berufen, um sich seiner politischen Verantwortung für die ganze Stadt und für alle Bürger zu entziehen.

Ob den Grünen langsam etwas dämmert? Es sieht nicht danach aus, wenn man ihre hilflose Reaktion auf die aktuelle Erklärung der vier Landräte und des Oberbürgermeisters im Münsterland liest. Sie haben den Finger in die Wunde gelegt mit ihrer Mahnung, dass Münster mit seiner Verkehrspolitik Rücksicht zu nehmen hat. Rücksicht ist auch eine Charakterfrage.

Die Verkehrspolitik der Stadt wirkt weit über Münster hinaus in das Umland. Münster muss für das Münsterland mit seinen 1,5 Millionen Menschen erreichbar bleiben. Maßnahmen gegen Autofahrer schaden derzeit dem Münsterland und der guten Verbindung zwischen der Stadt und ihrem Umland. Sie sind rücksichtslos gegenüber den Menschen, die auf die Erreichbarkeit Münsters mit dem Auto angewiesen sind, solange es dazu keine brauchbare Alternative gibt.

„Will Münster die Berufspendler aus der Region vertreiben? Will Münster, dass sich die Kunden andere Ziele suchen zu Lasten seines Einzelhandels in Münster und tausender Beschäftigter? Will Münster seine oberzentralen Einrichtungen des Handels, der Kultur oder der Bildung und Wissenschaft aus der Stadt dezentralisieren?“, heißt es in der Erklärung, und das sind Fragen, auf die Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der anderen Seite, keine Antworten haben. Das wäre aber dringend erforderlich, denn Münster profitiert als Mittelpunkt des Münsterlands und Westfalens von seiner guten Erreichbarkeit und attraktiven Umgebung.

Die von der CDU angestrebte Mobilität für alle mit einer Verringerung der Autofahrten ist nicht durch Verbote oder moralische Vorhaltungen zu erreichen, sondern nur durch ein besseres Alternativangebot inklusive Münsterland S-Bahn und mit gut an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossenen Pendlerparkplätzen.

Die Politik der Brechstange spaltet nur.

6.

Grüne und SPD sind ohne Perspektiven für Münster. Sie reden viel über Probleme globalen Zuschnitts wie Klimaschutz oder Migration, deren Lösung zweifelsohne dringlich ist und zu der wir auch als Stadt beitragen müssen, aber nur im Nano-Bereich beitragen können. Selbstüberschätzung schadet nur.

Wo aber konkret etwas für die gute Zukunft Münster getan werden kann, da zweifelt die SPD am Musik-Campus, den sie in ihrem eigenen Koalitionsvertrag noch unterstützt hat. Grüne sagen jedem, dem der freie Blick durch neue Baugebiete genommen werden könnte, dass selbstgerechte Genügsamkeit die neue politische Tugend sei.

Jetzt zeigt sich, was wir immer vorhergesagt haben: Die Ablehnung der Zentralen Ausländerbehörde 2018 durch Grüne und SPD kostet Münster Millionen. Die Stadt muss eine teure Flüchtlingsunterkunft bauen, und die Behörde arbeitet nebenan in Coesfeld. Das ist das Problem mit den Selbstgerechten: Sie glauben, die Moral für sich gepachtet zu haben, und baden doch nur lau in ihrem selbstgezimmerten Gewissen. Zahlen dürfen dafür alle anderen, zum Millionenschaden der Stadt.

So wird die Zukunft einer Stadt blockiert. Eine Politik, die in der bequemen Nische der eigenen Befindlichkeiten verharrt und sich reflexhaft an die Bedürfnisse ihrer Kernklientel klammert, hat einer vielfältigen, diversen Stadt zu wenig zu bieten. Denn es geht es darum, dass ganz Münster gut gestaltet und verwaltet wird, und es geht nicht um grüne Befindlichkeiten.

Münster kann mehr.